

Hambur^Agers Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 37

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis Nr. 1, 50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Droß-Strasse 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 14. September 1918

Anzeigen kosten die halbespaltige Non-
parallele Zeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsangelegenheiten kosten 25 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

Kollegen! Der freudigen Mitarbeit aller Mitglieder am Auf- und Ausbau unseres Verbandes bedarf es jetzt mehr denn je. Wo gemeinsame Kräfte für dies hohe Ziel rastlos wirken, wird es allerorts wieder vorwärts gehen. Darum auf zur Werbearbeit! ~

Der Zweck der Volkswirtschaft.

Bekanntlich unterscheidet sich der Mensch vom Tiere auch dadurch, daß er sich bei seinem Tun Zwecke setzt und die notwendigen Mittel ergreift, um den Zweck zu erreichen. So verfolgt er auch mit dem, was wir Wirtschaften nennen, einen oder mehrere Zwecke. Weil der Mensch Bedürfnisse verschiedener Art hat, die befriedigt werden müssen, so muß er arbeiten, das heißt, er muß der Natur Rohstoffe abgewinnen, diese Rohstoffe zu Gebrauchsgegenständen verarbeiten und die fertigen Erzeugnisse an die Verbraucher heranzubringen. Alle diese Tätigkeiten, die man unter den Begriff „Wirtschaften“ zusammenfaßt, sind lediglich die Mittel zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung. Es werden Gebrauchsgüter hergestellt und dorthin geleitet, wo sie gebraucht werden. Daneben gibt es auch noch Tätigkeiten, die nicht auf die Herstellung materieller Güter gerichtet sind, sondern andere menschliche Bedürfnisse befriedigen. Die Tätigkeit eines Arztes, eines Lehrers, eines Schauspielers, eines Sängers dient ebenfalls der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Auch diese Tätigkeiten fallen unter den Begriff „Wirtschaften“, und deshalb befaßt sich unsere Volkswirtschaft, das heißt, die Befriedigung der Bedürfnisse unseres Volkes in all seinen Gliedern und Teilen mit der Erzeugung und Verteilung von Sachgütern und der Leistung von Diensten.

Offenbar ist der ursprüngliche und eigentliche Zweck der Wirtschaft die Bedarfsdeckung, und die sogenannte Bedarfsdeckungswirtschaft ist die Form der Wirtschaftens, die diesem Zweck am besten entspricht. Wenn es gelingen könnte, den Bedarf eines jeden einzelnen Volksgenossen und auch der Gesamtheit regelmäßig, dauernd und ausreichend zu decken, so wäre das Ziel erreicht, und eine solche Wirtschafts- und Gesellschaftsweise müßte als das Ideal einer Volkswirtschaft bezeichnet werden. Tatsächlich geht auch das Streben aller Menschen von sozialer Einsicht und sozialem Empfinden darauf hinaus, eine solche Wirtschaftsform zu schaffen, und der Sozialismus ist ja weiter nichts als das ernste, unablässige Bemühen, eine möglichst vollkommene Bedarfsdeckungswirtschaft ins Leben zu rufen, um auf der Grundlage einer gesicherten Existenz einem jeden Menschen die Möglichkeit zu geben, sich zu einem Kulturmenschen zu entwickeln und sich als Kulturmenschen zu betätigen.

Das Mittelalter erstrebte eine Bedarfsdeckungswirtschaft. Der Bedarf des einzelnen oder der einzelnen Familie, der sogenannte standesgemäße Unterhalt, sollte in jedem Falle gesichert sein. Das Geld spielte damals noch nicht die Rolle wie heute, und das Anhäufen von Reichtümern war noch unbekannt. Das gute Auskommen strebte den Menschen als erstrebenswertes Ziel vor; wer die Möglichkeit dazu hatte, lebte aus dem Vollen und trieb Verschwendung, wer weniger hatte, mußte sich einschränken, und wer nichts besaß, litt große Not und verkam im Elend. Unter allen Umständen aber war das Ziel nicht auf den Erwerb von Geld, sondern auf eine ausreichende Nahrung, Wohnung, Kleidung usw. gerichtet. Diese Wirtschaftsweise, die einen bestimmten, den mittelalterlichen Wirtschaftsgeist erzeugt hatte, wurde auf die Dauer unhaltbar. Die Ansprüche der Menschen ans Leben wuchsen ständig; aber die handwerksmäßige Arbeitsweise war nicht imstande, diesen größeren Bedarf zu befriedigen. Darum sprengte der Menschengeist die Schranken, die man ihm gezogen hatte, und

der moderne Kapitalismus erschien auf der Weltbühne. Durch die Verwendung von Arbeits- und Kraftmaschinen, durch die Ausbarmachung der Naturkräfte und durch die planmäßige Organisation der Arbeit in den Großbetrieben stieg die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit ganz ungemein, und es wäre im Laufe der Zeit sehr wohl möglich gewesen, jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Leider aber machte sich gleichzeitig mit den technischen Fortschritten ein ungewöhnliches Erwerbstreben bemerkbar, und die Menschheit wurde geradezu von einem Heißhunger nach Gewinn ergriffen. Es genügte ihr nicht mehr, ein gutes Auskommen zu haben; sie wollte vielmehr außerdem noch Gewinne einheimen, Ueberschüsse erzielen, Kapital aufhäufen. Diese Erwerbsehrgeier, die sich aus den Fesseln mittelalterlicher Ordnung freigemacht hatte, schürte zu einer Auseinandersetzung der Gesellschaft. Das Kapital überanante alle sittlichen und menschlichen Erwägungen und warf die beschlossenen Massen in ein Meer körperlichen und geistigen Elends. Auf der einen Seite erhob sich der begehrliche Reichtum der Wenigen, auf der andern Klaffe die abgrundtiefe Not der Vielen. Die neuentstandene Erwerbsehrgeier, die so viele Gebrauchsgegenstände zu erzeugen vermochte, hatte es dahin gebracht, daß die große Masse des Volkes an den notwendigsten Dingen Mangel litt. Dieser Zwiespalt zwischen der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und der Verelendung der Volksmassen verletzete die Gemüter auf und erzeugte den Willen, einer so unheilvollen Wirtschaft ein Ende zu machen. Dieser Wille nahm ständig an Stärke zu, bis der Weltkrieg ihn einstweilen lahmlegte.

Während der Kriegszeit feiert die Erwerbsehrgeier wahre Orgien. Es ist geradezu ein Hohn auf jede Vernunft, von Kriegsozialismus sprechen zu wollen in einer Zeit, in der alle antisozialen Triebe im Menschenherzen entfesselt sind. In unserem wirtschaftlichen Leben während des Krieges ist auch nicht die geringste Spur eines auf dem Sozialismus aller Volksgenossen beruhenden Sozialismus zu finden, und es ist eine Frechheit herabergleichen, dem Sozialismus jene Wirtschaft in die Schuhe schieben zu wollen, die lediglich durch die Selbstsucht und Habgier der einzelnen verschuldet worden ist. Der Krieg hat die Erwerbsehrgeier ihrer Hüllen entblößt und sie im wahren Lichte gezeigt. Der Wirrwarr des Krieges und die Knappheit an Lebensmitteln haben alle schlechten Instinkte der Menschenbrust zur Reife gebracht und in die Salme schießen lassen. Die Verbraucher suchen so viel heranzuschaffen, wie sie bekommen können, die Erzeuger und Händler nehmen Wucherpreise, und die Kriegsbetriebe machen auf Kosten des Staates und des Volkes Millionen Gewinne. Nirgends mehr zeigt sich eine bewusste Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe anderer Menschen. Jeder Mensch und jede Gruppe sorgt nur für sich, und schamlos und frech zeigt sich die Erwerbsehrgeier auf der offenen Leinwand des Lebens. Zu Beginn des Krieges wurde das Wort geprägt: „Es kommt nicht darauf an, daß viel Geld verdient wird, es kommt lediglich darauf an, daß unser Volk in seiner Existenz gesichert ist!“, aber dieses Wort ist längst vergessen worden und zu einem Spottwort geworden. Jetzt kommt es darauf an, daß viel Geld verdient wird, die Existenz des Volkes ist Nebensache. Das ist ein trauriges Zeichen der Zeit und eine Errungenschaft des Krieges, auf die wir wahrlich nicht stolz sein können.

Unter der Herrschaft der kapitalistischen Erwerbsehrgeier vor dem Kriege hatte man den Zweck der Wirtschaft fast ganz vergessen; die Bedarfsdeckung war nur ein notwendiges Uebel, das eigentliche Ziel war der Profit. Während des Krieges ist dies noch schlimmer geworden. Die Absicht der Bedarfsdeckung, aus der die beschriebliche Kriegswirtschaft entsprungen ist, ist erfolglos geblieben, die Kriegswirtschaft hat versagt, und die Erwerbsehrgeier triumphiert auf der ganzen Linie. Da ist es doch wirklich an der Zeit, daß sich die Menschen mal wieder auf den Zweck der Volkswirtschaft besinnen, daß sie sich im Innern bemüht werden, worauf es bei unserer Wirtschaft ankommt. Allerdings besteht wenig Aussicht, daß in absehbarer Zeit diese Hoffnung erfüllt wird. Aber in der Zukunft, wenn erst wieder normale Verhältnisse eingetreten sind, wird die Menschheit wie aus einem wüsten Traume erwachen, und sie wird erkennen, daß die Erwerbsehrgeier einem jeden Volke zum Unheil gereichen muß, daß aber das Heil eines Volkes in der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft zu suchen und zu finden ist.

Der Arbeitsmarkt im Juli 1918.

Nach der Juli 1918, der 48. Kriegsmonat, läßt nach dem „Reichsarbeitsblatt“ keine Anzeichen für ein Erhalten der Spannfähigkeit der deutschen Industrie erkennen. Wenn, wie das im Sommer in der Regel der Fall ist, die Zahl der Beschäftigten der Krankenkassen abgenommen hat und der Arbeitsandrang nach der Statistik der Arbeitsnachweise einen Rückgang verzeichnet, so ist zu beachten, daß sich in den ersten Monaten stets ein Zug nach dem Lande geltend macht, der zwar zahlenmäßig nicht genau festzustellen ist, der aber allem Anschein nach dieses Mal größer war als in früheren Jahren. Verschiedentlich läßt die rege Beschäftigung dem Vorjahr gegenüber eine Steigerung erkennen.

Die Lage im Bergbau und Hüttenwesen gestaltete sich im großen und ganzen ebenso gut wie in den Vormonaten. Für die Eisen- und Metallindustrie wie für den Maschinenbau ist die Beschäftigung unverändert lebhaft. In der elektrischen Industrie zeigte sich gleichfalls die Lage verschiedentlich günstiger als im Vorjahr. Die chemische Industrie hat im allgemeinen denselben Beschäftigungsgrad wie im Vormonat aufzuweisen; doch melden auch hier verschiedene Zweige bessere Geschäftslage als im Juli 1917; vereinzelt ist allerdings eine Abschwächung eingetreten. Im Spinnstoffgewerbe läßt der Geschäftsgang nach wie vor zu wünschen übrig. Auf dem Baumarkt machen sich dagegen die ersten Anzeichen einer teilweisen Belebung bemerkbar.

Nach den Feststellungen von 33 Fachverbänden, die für 1907 028 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Juli 8545 oder 0,7 vom Hundert. Im Juni wurde von 37 Fachverbänden über eine Arbeitslosigkeit von 0,8 vom Hundert berichtet. Es ist ein Rückgang nicht nur gegen den Vormonat, sondern auch dem Vorjahr, insbesondere dem Juli der Jahre 1914 bis 1916 gegenüber eingetreten. Im Juli 1917 hatte die Arbeitslosigkeit 0,8 vom Hundert, im Juli 1916 2,4, 1915 2,7 und im Juli 1914 2,9 vom Hundert betragen.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für beide Geschlechter eine weitere Abnahme des Arbeitsandranges erkennen. Im Juli kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 48 Arbeitsuchende (gegen 53 im Vormonat), beim weiblichen Geschlecht 82 (gegen 88 im Vormonat). Im Juli des Vorjahres war der Arbeitsandrang bei den Männern noch etwas niedriger (47) und auch beim weiblichen Geschlecht war er nur unbedeutend höher (86).

Die bis Mitte August reichende Statistik auf Grund des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ weist gegenüber dem Vormonat keine wesentlichen Änderungen der Verhältnisse auf. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Verminderung der Zahl der überschüssigen Arbeitsuchenden zu verzeichnen.

Nach dem dem „Arbeitsblatt“ ausgegangenen Verbandsberichten zeigte sich im Juli auf dem Bau- und Maurermarkt eine erhebliche Veränderung. Auch gegenüber dem Vorjahre wird die Lage als unverändert bezeichnet, nur einige wenige Verbandsberichte bewerten den Geschäftsgang im Berichtsmonat dem Vorjahre gegenüber als schwächer. Von verschiedenen Berichterstattern wird hervorgehoben, daß starke Beschäftigung vorlag.

Die Zeitschrift „Baumaterialienmarkt“, Leipzig, berichtet, daß in den letzten Wochen von den zuständigen Behörden eine größere Anzahl Privatbauten genehmigt worden ist. Dadurch hat zum Beispiel in Schlesien die Privatbautätigkeit eine fühlbare Belebung erfahren. Namentlich in Oberschlesien ist in beachtenswertem Umfange der Bau von Wohnungen in die Wege geleitet. Wie verlautet, wird gegenwärtig im oberschlesischen Industriebezirk an rund 100 Privatbauten gearbeitet. Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist man hier und da über die Vorbereitungen für den Wohnungsbau hinausgekommen und zur Bauausführung übergegangen. Allenfalls wird die Wohnungsfrage bearbeitet. Dennoch aber wirkt nach wie vor der Mangel an Baustoffen und Arbeitskräften. Manche Stadtgemeinden erwerben Ziegeleien, um sie selbst zu betreiben und sich die für den Wohnungsbau erforderlichen Ziegel zu sichern.

Wie aus dem Verichte der „Lohnindustrie-Zeitung“, Berlin, hervorgeht, wurde auch im Juli hauptsächlich nur an kriegswichtigen Bauten gearbeitet; ferner wurden die sehr dringlich gewordenen Ausbesserungsarbeiten, Veränderungen und Bauten für die Landwirtschaft ausgeführt. In Ostpreußen wird der Wiederaufbau kriegsgerückter Baulichkeiten fortgesetzt. Aus Westdeutschland verlautet, daß die Kriegsamter, namentlich im Hinblick auf die dringend benötigte Wohnungsfrage, eine Milderung des Bauverbotes zugesagt haben. Die Wohnungsnot hat in vielen Gegenden bereits einen bedenklichen Umfang angenommen. Die Behörden wollen zu ihrer Behebung durch Herabgabe von Kapitalien, Beteiligung an gemeinnützigen Unternehmen oder Ankauf von Ziegeleien beitragen. Auch die Industrie hat großzügige Baupläne in Aussicht genommen, um dem Wohnungsmangel entgegenzutreten und die Beschäftigung und Erhaltung der Industriearbeiter durchzuführen zu können. Neben der Förderung der Kleinwohnungs- und Siedlungsbauten sind auch öffentliche Bauten, Schulen, Kirchen, Straßen und Tiefbauarbeiten in Aussicht genommen, so daß die ferneren Aussichten als ganz günstig bezeichnet werden können. Auf dem Grundstücksmarkt zeigt sich demzufolge fortschreitende Belebung.

158 Betriebskrankenklassen des Baugewerbes hatten am 1. August 35 064 männliche und 5593 weibliche Mitglieder, abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken. Im Vergleich mit dem Anfang des Vormonats ist eine Abnahme um 2,8 vom Hundert bei den männlichen und um 6,2 vom Hundert bei den weiblichen Beschäftigten eingetreten. Bei 63 Jungerkranktenklassen der Bauberufe mit 14 875 männlichen und 1412 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern, abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken am 1. des Monats, war dem Anfang des Vormonats gegenüber die männliche Beschäftigung um 2,2 vom Hundert niedriger und die weibliche um 8,1 vom Hundert höher.

Ueber die Lage des Bauarbeitsmarktes im Monat Juli 1918 liegen folgende Berichte der Arbeitsnachweisverbände vor:

In Ostpreußen sind auf dem Bauarbeitsmarkt nennenswerte Veränderungen nicht eingetreten; kaum die Hälfte des Bedarfs konnte gedeckt werden.

In Westpreußen hatte die Bautätigkeit nur sehr geringen Umfang.

In Pommern konnte die starke Nachfrage nach Bauhandwerkern nur ungenügend befriedigt werden.

Von Mecklenburg-Schwerin wird über eine gesteigerte Beschäftigung im Malergewerbe berichtet. In Posen war ein größerer Bedarf von Bauhandwerkern für außerhalb des Verbandsgebietes belegene Arbeitsstellen angemeldet, ohne daß es gelang, ihn zu befriedigen.

In Schlesien war der Mangel an Arbeitskräften im Baugewerbe groß. Im oberschlesischen Industriegebiet dagegen hat sich die Lage des Bauarbeitsmarktes gegenüber dem Vormonat verschlechtert.

In Berlin und in der Provinz Brandenburg zeigte das Baugewerbe im Berichtsmonat eine bemerkenswerte Belebung. Infolge größerer Aufträge einerseits und erneuter Heeresziehungen andererseits begann die Nachfrage das Angebot zu übersteigen.

Im Königreich Sachsen nahm im Baugewerbe die Nachfrage nach Bauhandwerkern und Malern allenthalben zu und überstieg das Angebot an Arbeitskräften beträchtlich.

In Hannover, Braunschweig und Oldenburg bestand eine zum Teil lebhaftige Nachfrage nach Bauhandwerkern.

Im Bremer Baugewerbe fehlten Maler, Zimmerer und Maurer.

In Hessen, Hessen-Nassau ist im Baugewerbe die Nachfrage nach Maurern und Tünchern infolge Errichtung von Neubauten für die Rüstungsindustrie gestiegen; das Angebot von entsprechenden Arbeitskräften war sehr gering.

Im Baugewerbe Westfalens herrschten bei steigender Nachfrage nach Arbeitskräften gute Beschäftigungsmöglichkeiten.

Im Rheinland waren weder Bauhandwerker noch Hilfsarbeiter in ausreichendem Maße vorhanden.

In Bayern machte sich im Baugewerbe neben dem schon bisher hervorgetretenen Mangel an Zimmerleuten auch ein solcher an Maurern fühlbar; die Nachfrage nach Anstreichern hat sich gesteigert.

In Württemberg zeigte die bisher günstige Marktlage einen kleinen Stillstand und Rückgang auf.

In Baden war die Lage noch eine günstige.

In Elß-Lothringen fehlte es im Baugewerbe an gelerntem und ungelernten Arbeitern für militärische Baupläne.

Für das gesamte Baugewerbe wurden im Juli 1918 von der Vermittlungsstatistik angegeben:

Table with 4 columns: Beruf, Arbeitslos, Offene Stellen, Belegte Stellen. Rows include Maurer, Zimmerer, Maler, Anstreicher, Lackierer, Glaser.

Table with 4 columns: Beruf, Juni 1918, Juli 1918, Juli 1917. Rows include Maurern, Zimmerern, Gläsern, Malern.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe stellte sich demnach in den verflochtenen sieben Monaten 1918 wie folgt:

Table with 5 columns: Monat, Arbeitslos, Offene Stellen, Belegte Stellen, Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitslosende. Rows include Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli.

In den einzelnen Landesteilen stellten sich für das Malergewerbe das Angebot und die Nachfrage in den Monaten Mai, Juni und Juli 1918 folgendermaßen:

Table with 8 columns: Landesteil, Arbeitslosende, Offene Stellen, Arbeitslosende, Offene Stellen, Arbeitslosende, Offene Stellen. Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Berlin u. Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinland, Bayern, Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schw., Thüring. Staaten, Oldenburg, Braunschweig, Lübeck, Bremen, Hamburg, Elß-Lothringen.

Anschließend an obige Uebersicht der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweisverbände im Reich für das Bau- und Malergewerbe geben wir nachstehend das Resultat aus der Zusammenstellung unserer monatlichen Umfrage über die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder bekannt:

Table with 9 columns: Monat, Belegte Stellen, Mitglieder in d. berichtenden Filialen, Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats, Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche. Rows include Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, Septbr., Oktober, November, Dezember.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist demnach für unsere Kollegen im Monat Juli wieder günstiger geworden. Auf 100 Mitglieder kommen in diesem Monat 0,27 Arbeitslose gegen 0,88 im Juni und 0,89 im Mai. Auch nach den amtlichen Feststellungen ist eine Besserung eingetreten, die Indrangsziffer von 77,74 im Juni ist demnach auf 62,86 herabgegangen. Es ist zu erwarten, daß die nächsten Monate eine weitere günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes bringen.

Folgende Filialen sandten die statistische Karte nicht beziehungsweise nicht rechtzeitig ein: Weuthen, Cottbus, Frankfurt a. d. Oder, Grauberg, Girschberg, Biegnitz, Weißwasser, Friedberg, Warburg, Flensburg, Neumünster, Osnabrück, Reddinghausen, Bernburg, Crimmitschau, Jena, Nordhausen, Weimar, Kaiserlautern und Augsburg.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände im Jahre 1917.

Die deutsche Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1917 liegt noch nicht vollständig vor. Die im Bureau der Generalkommission erfolgende Bearbeitung der statistischen Angaben der Zentralverbände ist jedoch soweit vorgeschritten, daß wir hier im Auszuge einige der wichtigsten Ziffern mitteilen können.

Das Berichtsjahr zeichnet sich demnach durch den Beginn einer neuen Aufwärtsbewegung unserer Gewerk-

schaften aus. Die rückläufige Periode, die mit dem Kriegsausbruch einsetzte, erreichte im Jahre 1916 ihren Tiefpunkt. Am 31. Dezember 1916 waren in den 47 Zentralverbänden nur noch 984 884 Mitglieder vorhanden gegen rund 2 1/2 Millionen beim Kriegsausbruch. Im ersten Quartal 1917 überwar die Krisis überwunden; die Mitgliederzahl stieg auf 905 028, und diese Entwicklung hielt auch in den weiteren drei Quartalen an; im zweiten waren es 1 076 711 Mitglieder, im dritten 1 169 607 und im vierten Quartal 1 264 714 Mitglieder. Die Zunahme beträgt demnach rund 380 000 gegenüber dem vierten Quartal 1916. Im Jahresdurchschnitt stieg die Mitgliederzahl von 955 887 auf 1 095 696. In diesen Ziffern sind die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht mitgezählt, die am Jahreschluß 4221 beziehungsweise 8774 Mitglieder hatten gegen 8880 beziehungsweise 6240 Mitglieder am 31. Dezember 1916. Auch diese beiden unter den schwierigsten Verhältnissen arbeitenden Verbände nehmen an der allgemeinen Aufwärtsbewegung lebhaften Anteil.

Besonders erfreulich gestaltete sich die Bewegung der weiblichen Mitglieder. Das Jahr 1916 schloß in den 47 Zentralverbänden mit einem Bestand von 197 008 weiblichen Mitgliedern. Die Zahl stieg im ersten Quartal 1917 auf 222 045, im zweiten auf 257 578, im dritten auf 299 468 und im vierten Quartal auf 380 146 Mitglieder. Ferner waren 4201 weibliche Mitglieder im Verbandsbereich ausgestellt und 2842 im Landarbeiterverband organisiert gegen 3618 beziehungsweise 1827 im letzten Quartal 1916. Im Jahresdurchschnitt war die Zahl der weiblichen Mitglieder von 180 895 auf 262 787 gestiegen; sie hat damit ihren bisherigen höchsten Stand überschritten; denn die frühere Höchstzahl war 228 676 im Jahresdurchschnitt 1915. Es läßt sich zwar nicht feststellen, ob die Zunahme der angelernten Zahl industrieller beschäftigter Frauen entspricht; aber die Gewerkschaften dürfen dennoch diese Entwicklung mit Befriedigung registrieren; sie beweist, daß die Werbetätigkeit unter den Arbeiterinnen nicht mehr ergebnislos verläuft, sondern daß sie sehr wohl große Erfolge zu bringen vermag.

Die Finanzgebarung der Zentralverbände hat sich in gleicher Richtung wie die Mitgliederzahl bewegt. Die Einnahmen stiegen von M 84 027 248 auf M 80 189 808, während die Ausgaben von M 80 074 048 auf M 28 511 881 zurückgingen. Der Vermögensbestand stieg infolgedessen von M 65 845 186 auf M 70 717 419. Leider ist der Vermögensbestand des Metallarbeiterverbandes nicht mit angegeben worden, so daß der obige Betrag dem tatsächlichen Vermögensbestand, der sich bei Berechnung des Vermögens der Metallarbeiter ergeben würde, nicht entspricht. Am Jahreschluß 1918 hatten die Zentralverbände ohne den Metallarbeiterverband ein Vermögen von M 60 518 554, woraus sich ergibt, daß der Vermögensbestand unserer Zentralverbände den bis dahin erzielten Höchststand vom Jahre 1918 bereits überflügelt hat.

Die Einnahmen (M 80 189 808) bestanden sich auf folgende Posten: Eintrittsgelder M 284 086, Beiträge M 28 587 282, Lokalbeiträge M 5 868 756, Ertragsbeiträge und freiwillige Sammlungen für die Kriegerverwandten M 277 976, Zinsen M 8 071 981 und sonstige Einnahmen M 1 840 404. Die wichtigsten Ausgaben wiederum bestanden sich folgendermaßen: Reiseunterstützung M 22 422 (im Vorjahre M 48 556), Umzugsunterstützung M 111 810 (M 107 568), Arbeitslosenunterstützung M 719 607 (1 449 188), Krankeunterstützung M 4 841 575 (M 8 664 592), Invalidenunterstützung M 526 282 (M 589 898), Sterbegeld M 1 495 928 (M 1 286 799), Notunterstützung M 287 237 (M 308 066), Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer M 2 656 712 (M 5 992 084), Lohnbewegung ohne Arbeitslosenunterstützung M 187 546 (M 70 577), Streikunterstützung M 152 149 (M 104 952), Taxifraisanzien M 85 199 (M 15 900), Rechtschutz M 106 420 (M 87 671), Gemäßregelunterstützung M 17 729 (M 19 627), Verbandsorgan M 1 600 618 (M 1 246 201), sonstige Zeitungen M 108 875 (M 78 820), Bibliotheken M 112 704 (M 122 097), Unterrichtsursch ufm. M 21 485 (M 25 315), Statistiken M 47 487 (M 65 790), Agitation M 1 940 769 (M 1 508 204), Druckdriften ufm. M 266 098 (M 211 440), Stellenvermittlung M 67 844 (M 61 680), Konferenzen und Generalversammlungen M 326 846 (M 204 715), Sonstige Ausgaben M 2 070 727 (M 2 887 485), Beiträge an die Generalkommission M 254 846 (M 358 927), Beiträge zu internationalen Verbindungen M 18 878 (M 25 590), Beiträge an Kartelle und Sekretariate M 742 752 (M 714 466) ufm. Pro Kopf betragen die Ausgaben M 26/02 gegen M 31,46 im Jahre 1916, die Ausgabe für Unterstützungen betrug pro Kopf M 10,12 gegen M 14,80 im Vorjahre. An dem letzteren Rückgang war insbesondere die Arbeitslosenunterstützung beteiligt, die pro Kopf nur 66,3 gegen M 1,52 im Vorjahre erforderte.

Die Auflage der Gewerkschaftsstatistik stieg von 1 235 084 auf 1 483 629 Exemplare. An der Erscheinungsweise der Blätter wurde nicht viel geändert; das Organ der Choränger erscheint vierzehntäglich anstatt einmal monatlich, und die „Gastwirtschaftszeitung“ erscheint anstatt wöchentlich vierzehntäglich.

Diese kurzen Mitteilungen aus der demnächst erscheinenden Gewerkschaftsstatistik zeugen von dem lebhaften Aufschwung, den die deutschen Gewerkschaften im Berichtsjahre zu verzeichnen haben. Daß dieser Aufschwung schon im Kriege einsehen würde, hätte kaum jemand zu hoffen gewagt. Um so größer darf die Genugtuung über die Festigkeit unseres Organisationsgebäudes sein, die unsere Gewerkschaften die schwere Erschütterung des Krieges so beharrlich und schnell überwinden ließ.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Fraunfurt a. M. Am 27. August fand eine Mitgliederversammlung der Filiale statt, zu der die Kollegen recht zahlreich erschienen waren, um einen Vortrag unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Streine, über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben während und nach dem Kriege entgegenzunehmen. Zunächst erstattete Kollege Zimmermann den Bericht über das zweite Quartal. Die Geschäftslage war entsprechend den Verhältnissen günstig, die Nachfrage nach Arbeitskräften groß; es wurden auf

den selben Arbeitsnachweisen 64 beziehungsweise 87 offene Stellen gemeldet, wogegen nur 40 Arbeitsuchende vorhanden waren. Auch die zweite Rate der Feuerungszulage wurde am 1. Juni allgemein durchgeführt und gab nur vereinzelt Anlaß zu Beschwerden, die jedoch durch Vermittlung der Verbandleitung schnell behoben wurden. Das Verhandlungsleben bewegte sich in den üblichen beschränkten Bahnen. In vier Sitzungen der Filialverwaltung, einer Filialleiterversammlung und drei Betriebsversammlungen wurden die einschlägigen Fragen behandelt. Die Kollegen der Adlerwerke nahmen Veranlassung, auf die Erhöhung der Akkordpreise hinzuwirken, was ihnen auch bei den einzelnen Akkorden gelang; sie erzielten einen Zuschlag zu den bisherigen Akkordpreisen von 15 und 20 pSt. Außerdem erhielt eine Anzahl Kollegen eine weitere Feuerungszulage von 5 pSt die Stunde. Auch die Laktierer bei Voigt & Siffner erreichten eine Verbesserung der Akkordpreise, ferner eine Erhöhung des Grundlohnes um 5 pSt die Stunde sowie einen Zuschlag von 20 pSt die Stunde auf den Grundlohn bei vorübergehender Lohnarbeit. Die Laktierer der Adlerwerke erreichten eine weitere Feuerungszulage von 15 pSt, wovon 5 pSt am 14. Juni und 10 pSt am 1. August zur Auszahlung gelangten. Die gesamte Feuerungszulage beträgt nunmehr 75 pSt die Stunde. Die Werksarbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder und die Aufforderung zur Fortsetzung der Mitgliedschaft der vom Besatzdienst entlassenen, beurlaubten und rekrutierten Kollegen wurde im zweiten Quartal recht eifrig betrieben. Das Ergebnis könnte besser sein, wenn sich die Mitglieder im allgemeinen etwas eifriger an dieser Agitation beteiligt hätten. Die Nettoerträge betrugen M. 4692,94 und die Nettoausgaben M. 8484,58. Infolge des Kasenvortrages kehrte das Vermögen der Filiale am 1. Juli M. 9522,54. Die Kronenunterstützung erforderte eine Ausgabe von M. 1500. Zu Ende des zweiten und zu Anfang des dritten Quartals setzte jedoch, infolge des Auftretens der spanischen Grippe, eine starke Zunahme der Erkrankungsfälle ein, so daß allein im Monat Juli bereits M. 980 für Kronengeld ausgezahlt wurden, bei 48 Erkrankungsfällen, während im ganzen zweiten Quartal nur 82 Erkrankungsfälle zu verzeichnen waren. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 820 und hat sich um 8 gegen das erste Quartal erhöht. Zum Militär einberufen wurden weitere 15 Mitglieder, die Zahl der insgesamt Einberufenen beträgt nun 1804. Zurückgemeldet haben sich 218 Mitglieder, und als Kriegsoptimist hat die Filiale bereits 147 Mitglieder zu beklagen. In der Diskussion berührte Kollege Mangraf die Stieblingsfrage; er behauptet, daß die Filialverwaltung die finanzielle Beteiligung an der gegründeten Stieblingsgesellschaft aus finanziellen Gründen nicht empfiehlt. Ein Vorschlag, daß die Filialverwaltung die Angelegenheit nochmals prüfe, fand Annahme. Hierauf erhielt der Kollege Spelme das Wort zu seinem Vortrag über: „Unsere Aufgaben im Kampf gegen eine dauernde Verschlechterung der Lebenslage durch die allgemeine Teuerung während und nach dem Krieg“. Er fand eine sehr aufmerksame Zuhörerschaft, die seine andersherkömmlichen Ausführungen mit höchlichem Interesse verfolgte. Kollege Streime schilderte eingehend die wirtschaftlichen Verhältnisse vor dem Kriege. Eingehend erläuterte er, wie durch die Länge des Krieges die Teuerung immer mehr überhand nahm und zu einer fabelhaften Steigerung der Preise für Lebensmittel, Bekleidung, Schuhe, Brennstoffe sowie aller Bedarfsartikel führte. Eine Steigerung der Lebensmittelpreise um 150 pSt dürfte heute allgemein angenommen werden. Auch die Mietpreise haben bereits eine Steigerung erfahren, und noch eine weitere sei zu erwarten. Die Wohnungsnot sei bereits vorhanden, und das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden hätten die Pflicht, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Schulden des Reiches werden durch die Länge des Krieges immer größer, und die aufzubringende Zinsenlast hierfür schwillt immer mehr an. Neue Steuern werden die weiteren Folgen dieser steigenden Kriegslasten nach sich ziehen, so daß die Aussichten für die Zukunft nicht sehr rosig seien. Für die organisierte Arbeiterschaft kommen zwei Wege zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Betracht, und zwar die Bekämpfung der fortwährenden Preissteigerung, und zweitens, eine Erhöhung der Löhne mit allen zulässigen Mitteln zu erzielen. Die Teuerungszulage, die im Malergewerbe bis jetzt gemährt wurde und die etwa 60 pSt. betrage, sei nicht ausreichend, um die Preissteigerung auszugleichen. Das Verlangen der Berufskollegen nach einer weiteren Erhöhung ihres Einkommens sei daher durchaus verständlich und berechtigt. Im Baugewerbe seien bereits Bestrebungen im Gange, die auf eine weitere Erhöhung der Löhne hingen. Die Holzarbeiter hätten ebenfalls eine weitere Erhöhung ihres Einkommens bei den letzten Verhandlungen in ganz wesentlicher Weise erreicht. Die Löhne unserer Kollegen müßten sich darum auch der fortschreitenden Teuerung entsprechend erhöhen. Das müßten auch die Arbeitgeber einsehen, daß mit einer heimlichen Lohnpolitik dem Gewerbe keine gesunde Grundlage und kein Nachwuchs zu erzielen sei. Teilweise werde dies auch von nachgebenden Führern des Arbeitgeberverbandes anerkannt, während andere immer noch einen engherzigen Standpunkt einnehmen. Die Verhandlungsleitung werde oder alles tun, um der gegebenen Situation Rechnung zu tragen, jedoch könne man sich im Moment auf ein bestimmtes Vorgehen zur Verbesserung der Verhältnisse nicht festlegen. Die weitere Stärkung der Organisation sei die notwendige Voraussetzung für alle weiteren Aufgaben, die uns während und nach dem Kriege erwachsen. Erfreulicherweise sei festzustellen, daß wir den Tiefstand überschritten und bereits wieder eine kleine Aufwärtsbewegung konstatieren können. Bei weiterer rühiger und emsiger Arbeit aller Kollegen seien gewiß noch weitere Fortschritte in diesem Jahre zu erwarten. Reicher Beifall lobte den Redner für seine interessanten Darlegungen. In der Diskussion wurde die Teuerung nochmals scharf hervorgehoben und betont, daß recht bald etwas geschehen müsse, um das wirtschaftliche Durchhalten der Berufskollegen weiter zu ermöglichen. Die ungenügende Ernährung schwäche die Arbeitskraft der Arbeiter fortwährend, und es müsse zu einer Katastrophe schlimmer Art führen, wenn hier nicht bald Wandel eintrete. Lange es nicht, die Preissteigerung aufzuhalten, was nach dem bisher Erlebten anscheinend nicht möglich sei, so müßten den Arbeitern höhere Löhne

gewährt werden, damit sie instande sind, die Mehrausgaben, die ihnen auf allen Gebieten erwachsen, zu tragen. Mit einem kernigen Schlußwort des Vorsitzenden, worin er zur rastlosen Mitarbeit aller Kollegen aufforderte, fand die stimmungsvoll verlaufene Versammlung ihr Ende.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Gauverband IV, Mitteldeutschland, vom Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, hält am 15. September d. J. in Halle a. d. S. einen Gauverbandstag ab. Außer der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wird der Verbandsvorstand, Herr Kruse, über Uebergangswirtschaft, Materialversorgung und Arbeitgeberverbände einen Vortrag halten.

Baugewerbliches.

Einsetzung eines Reichskommissars für das Wohnungswesen. Der Reichskanzler hat nachstehende Bekanntmachung erlassen:

Für die besonderen Aufgaben der Reichsverwaltung auf dem Gebiete des Wohnungswesens in der Zeit des Ueberganges von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft ist im Reichswirtschaftsamt ein Reichskommissar für Wohnungswesen bestellt worden, dem folgende Aufgaben zugewiesen sind:

1. Die Verteilung verfügbarer Geeres- und Marinevorräte für Bauzwecke im Einvernehmen mit dem Reichskommissar für die Vorbereitung entbehrlich gewordenen Geeres- und Marinegutes.
 2. Förderung der Erzeugung von Baustoffen.
 3. Regelung des Abfahrs von Baustoffen.
 4. Regelung von Bauzuschüssen aus durch den Reichshaushalt bereitgestellten Mitteln.
- Der Reichskommissar vertritt den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes bei der Durchführung der oben genannten Aufgaben nach außen hin selbständig. Ihm wird ein Ausschuss beigegeben, der in grundsätzlichen Fragen zu hören ist. Den Vorsitz in dem Ausschuss, dessen Mitglieder vom Reichskanzler ernannt werden, führt der Reichskommissar.
- Als Reichskommissar ist der Unterstaatssekretär im Königlich Preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Wirtl. Geh. Rat Freiherr v. Coels von der Briggaden, bestellt worden.
- Damit ist der Aufgabenkreis des preussischen Staatskommissars für das Wohnungswesen nunmehr auch auf das Reich ausgedehnt worden.

Bewerkschaftliches.

Die Verhandlungen über neue Teuerungszulagen für die Bauarbeiter fanden am 9. und 10. September im Reichswirtschaftsamt statt. Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hatte zum 11. September eine außerordentliche Hauptversammlung nach Berlin einberufen.

Ueber die Lohnvereinbarungen im Holzgewerbe sollte, wie bereits in der vorigen Nummer berichtet worden ist, endgültig eine Konferenz von Vertretern des Verbandes entscheiden. Es fand deshalb am 2. September in Berlin eine Städtekonferenz der Holzarbeiter statt. Die Aussprache war von dem schärfsten Unwillen über das geringe Entgegenkommen der Unternehmer beherrscht, und fast alle Redner ohne Ausnahme wandten sich entschieden gegen den Abschluß einer solchen Vereinbarung, die den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter nur in so ungenügendem Maße Rechnung trägt. Allseitig wurde die Wiederholung der Verhandlungen mit der Arbeitgeberkommission verlangt, um die Zulagen wenigstens annähernd so zu erhöhen, daß sie den aufgestellten Forderungen einigermaßen entsprechen würden. Die ungenügende Höhe der Zulagen und die Teilung derselben auf zwei Termine übten auf die Städtekonferenz einen solchen demütigenden Einfluß aus, daß am Schluß der Beratung trotz der empfehlenden Haltung des Verbandsvorstandes und der Verhandlungskommission eine starke Minderheit gegen den Abschluß der Vereinbarung votierte. Mit 61 gegen 30 Stimmen erklärte sich die Konferenz schließlich für die Annahme derselben. Es wurde aber vom Verbandsvorstand verlangt, daß er nochmals mit der Vertretung der Unternehmer wegen der Abänderung bestimmter Punkte in Verbindung zu treten habe.

Die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung für die Uebergangswirtschaft beantragt der Magistrat in Frankfurt a. M. bei der Stadtverordnetenversammlung, die sogleich der Vorlage zustimmen dürfte. Nach der Vorlage sollen, wie dem „Vorwärts“ gemeldet wird, Erwerbslosenunterstützung nach festen Sätzen erhalten folgende unseibständige, voll erwerbsfähig gewesene Personen, die durch Arbeitslosigkeit unterstützungsbedürftig geworden sind: 1. alle männlichen Personen über 16 Jahre, soweit sie in Frankfurt a. M. seit mindestens 26 Wochen wohnen oder soweit sie bereits bis zum 1. August 1914 in Frankfurt a. M. wohnten und nicht nur vorübergehend beschäftigt waren; 2. weibliche Personen über 16 Jahre, welche völlig alleinstehend, oder Haushaltungsvorstand oder dauernde Ernährer von Ehemann, Eltern usw. sind.

Die Unterstützung soll betragen für völlig erwerbslose Personen: Für den Haushaltungsvorstand M. 3 täglich; für Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt oder bei fremden Leuten wohnend M. 2,75; bei Familienangehörigen wohnend M. 2,20; über 16 Jahre mit eigenem Haushalt oder bei fremden Leuten wohnend M. 2,20; bei Familienangehörigen wohnend M. 2,20; für jedes Kind unter 16 Jahren ohne eigenen Verdienst 50 pSt und für jedes Kind über 16 Jahre und sonstige Familienangehörige, die zu unterhalten sind, M. 1. — Ferner soll die freiwillige Krankenversicherung in der dritten Lohnklasse übernommen werden. Entnahmen aus andern Quellen werden auf die Unterstützungssätze angerechnet. Erwerbslosenunterstützung von Berufsvereinen jedoch nur zur Hälfte. Der Magistrat soll ermächtigt werden, die Unterstützungssätze je nach der Verschiebung des Geldwertes und der Teuerungsverhält-

nisse zu erhöhen oder zu ermäßigen und neben ihm Mietzuschüsse bei längerer Dauer der Erwerbslosigkeit festzusetzen. Die Unterstützung soll die Dauer von sechs Monaten nicht übersteigen.

Diese Bestimmungen der Erwerbslosenunterstützung sind vom städtischen Arbeitsamt, dem auch Vertreter der Arbeiterorganisationen angehören, festgesetzt worden. Die Höhe der Ausgaben für die Unterstützung läßt sich noch nicht übersehen. Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung, hierfür vorläufig einen Kredit von M. 100 000 zur Verfügung zu stellen. Er glaubt, daß zwei Drittel der gemeindlichen Ausgaben von Reich und Staat ersetzt werden.

Arbeitszeitverkürzung und Produktionsrückgang. Die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit, die begründet ist in der übermäßigen Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft bei unzureichender Ernährung, nimmt jetzt, besonders in der Metallindustrie, einen immer größeren Umfang an. Auch die Arbeiterschaft der Textilwerke in Mühlheim a. d. Ruhr hat eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert.

Die Sache verdient insofern allgemeine Beachtung, als der Schlichtungsausschuß, vor den sie gebracht wurde, beschlossen hat, zur objektiven Beurteilung der Frage, ob tatsächlich, wie die Firma Thyssen behauptete, die Arbeitszeitverkürzung einen Produktionsrückgang zur Folge haben würde, von Herrn Geheimrat Professor Wallach von der Technischen Hochschule zu Aachen ein Gutachten einzuholen. Die „Niederheinische Volksstimme“ macht dazu folgende zutreffenden Ausführungen:

Professor Wallach gehört zu der engeren Gruppe der deutschen Taylorianer. Er hat in Aachen einen Lehrstuhl für Fabrikorganisation. Die zukünftigen Betriebsleiter der industriellen Werke im Industriebezirk werden von ihm in der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ unterrichtet. Wallach ist als Ingenieur Maschinenbauer, hat amerikanische Studienreisen unternommen, sowie Originalarbeiten Taylors, des Lehrmeisters der modernen Betriebsleitung, übersetzt und der deutschen Fachwelt zugänglich gemacht. Er ist also auf dem Gebiet der industriellen Organisationsfragen eine Autorität, und man darf gespannt sein, wie er sich dazu stellen wird, jetzt ein Gutachten in dieser Streitfrage zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft zu übernehmen.

Zweitens aber wird es von Interesse sein, zu erfahren, wie er dieses Gutachten aufstellt. Zunächst soll einmal nur die Granatenfabrikation begutachtet werden. Immerhin müßten Wallach für diesen Sonderbetrieb zunächst einmal die genauen Betriebsabrechnungen vorgelegt werden. Professor Wallach muß dann alles selbst nachprüfen und darf sich nicht auf die Angaben der Werkleitung verlassen. Die Produktionsresultate sind an der Hand der Fabrikstatistik im Zusammenhang mit den Zahlen der beschäftigten Arbeiter und der gebrauchten Arbeitsstunden zu verfolgen. Es ist dann weiter zu untersuchen, wie für den gesamten Produktionsprozeß der Granatenherstellung die Betriebsorganisation eingerichtet ist, ob sich die Maschinen und Werkzeuge rein technisch und konstruktiv auf der Höhe befinden, ob der Arbeitsplan modernen Grundrissen entspricht. Auch hier hätte Professor Wallach Kritik zu üben. Er wird ja in seinem Gutachten dazu aufgefordert, zu erklären, ob sich bei einer verbesserten Betriebsorganisation und der Verminderung der durchschnittlichen Arbeitszeit der von der Firma behauptete Produktionsausfall wieder ausgleichen läßt. Und bei Beantwortung dieser Frage wäre er verpflichtet, nach dem Beschluß des Schlichtungsausschusses beide Teile anzuhören: die Werkleiter und die Arbeitervertreter.

Wir möchten noch einmal empfehlen, daß man auch in andern Fällen, wo jetzt die Frage der Arbeitszeitverkürzung zur Erörterung steht, bei dem Verhandeln die Rentabilitätsfrage nicht unberücksichtigt lassen sollte. Denn schließlich neben den sozialen Gesichtspunkten, daß die Arbeitszeitverkürzung und damit im Zusammenhang bestimmte Lohn-erhöhungen im Interesse der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft unbedingt notwendig sind, ist auch das Argument nicht unwichtig, daß man trotz Arbeitszeitverkürzung und Lohn-erhöhung bei einer Verbesserung der Produktionsmethoden nicht hinter dem bisherigen Fabrikationsresultat zurückzulassen braucht.

Sozialpolitisches.

Neue Ermittlungen über die Mietsteigerungen. Der Deutsche Wohnungsausschuß hat vor kurzem bei einer Reihe von Organisationen, die ihm als Mitglieder angeschlossen sind, eine Umfrage veranstaltet über Umfang und Art der neueren Mietsteigerungen und über die Wirksamkeit der bestehenden Mieterschutzeinrichtungen. Das Ergebnis dieser Umfrage ist recht bemerkenswert. Aus den bisherigen Antworten von etwa 20 bedeutenden Organisationen und einer großen Anzahl von Ortsgruppen der besagten Organisationen ergibt sich, daß fast in allen Gegenden des Deutschen Reiches — namentlich in der Rheinprovinz, in Westfalen, Hannover, Sachsen, Schlesien und Groß-Berlin — wiederholt allgemeine Mietsteigerungen vorgenommen worden sind, und daß weitere Mietpreiserhöhungen bevorstehen. Die allgemeinen Erhöhungen der Mietpreise seit Kriegsbeginn bewegen sich danach zwischen 10 und 60 pSt. und betragen durchschnittlich etwa 20 bis 25 pSt. der Mieten vor dem Kriege; die Mietsteigerungen, die seit Oktober 1917 vorgenommen wurden, bewegen sich zwischen 5 und 25 pSt. der bisherigen Miete und betragen durchschnittlich etwa 10 bis 15 pSt. In Einzelfällen sind Erhöhungen von 60 bis 100 pSt. zu verzeichnen. Die allgemeinen Erhöhungen wurden meist angeregt durch Hausbesitzervereine. Aus Vordem wird berichtet, daß diejenigen Hausbesitzer, die mehrere Häuser besitzen, an erster Stelle vorgezogen pflegten. Die Mietverträge wurden vielfach nur kurzfristig abgeschlossen, oder aber es wurden, wie aus Königsbrunn berichtet wird, bei langfristigen Verträgen auf Jahre hinaus starke Staffeln von Mietsteigerungen nach oben von Jahr zu Jahr vorgezogen. Die größten Erhöhungen wurden bei Neuvermietungen erzielt. In zahlreichen Orten haben aber viele Neuvermietungen stattfinden müssen, weil ganze Straßenzüge von Wohnhäusern zu hohen Preisen

von industriellen Werken aufgekauft wurden. Gerade diese Vorgänge, wie sie aus der Provinz Hannover, aus Hameln, Mönchsberg, Wismar und Senftenberg berichtet haben, haben anscheinend eine große Wohnungssteuerung herbeigeführt. In einigen Orten wurden kleinere und mittlere, in anderen Orten größere Wohnungen von der Steigerung besonders ergriffen; weitans in der Mehrzahl der genannten Bezirke sind aber die Mieten aller Wohnungen erhöht worden. Auch möblierte Zimmer wurden in manchen Städten von der Steigerung stark betroffen. Die Vorgänge vollzogen sich vielfach in größter Stille. Nach zahlreichen Angaben sind die Mieter infolge des Wohnungsmangels und der Sanvierarbeiten des Wohnungswechsels meist froh, wenn sie im Besitze der Wohnung bleiben können, und sie bewilligen daher die verlangte Mieterhöhung; ja, sie bieten öfters sogar selbst höhere Mieten an, um sich vor Kündigung zu sichern oder bessere Wohnungen erhalten zu können. Das Mietrechtsamt ist in sehr vielen Orten unbekannt oder führt ein Schattendasein. Vielfach sind auch die betroffenen Mieter (Kriegsfrauen) geschäftlich zu umgewandt, um die richtigen Abwehrmittel anzuwenden. Aus einzelnen Städten wird berichtet, daß sich das Mietrechtsamt bewährt habe. Es wird auch von großer Ueberlastung der Vermieter gesprochen. In den meisten Antworten werden aber die bestehenden Mieterhöhungsvorrichtungen als unzureichend bezeichnet, und die Verschärfung der Mieterhöhungsgesetzgebung durch die Verordnungen der stellvertretenden Generalkommandos werden lebhaft begrüßt. — Das wesentliche Ergebnis dieser Umfrage liegt darin, daß sich in fast allen Gegenden Deutschlands auch nach Inkrafttreten der Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter vom 20. Juli 1917 Mieterhöhierungen allgemeinerer Umfanges durchgesetzt haben und weitere allgemeine Erhöhungen erwartet werden.

Der Anstellungsschein. Den nicht zu den Kapitulantenghörigen Unteroffizieren und Gemeinen kann auf ihren Antrag neben der Mente ein Anstellungsschein für den Unterbeamtendienst verliehen werden, wenn sie zum Beamten würdig und brauchbar erscheinen. Von diesen Menteneempfehlungen kommen aber nur solche in Betracht, bei denen infolge des Versorgungsleidens ein Wechsel ihres erlernten Berufes notwendig und zweckmäßig ist. Viel Wert hat der Anstellungsschein nicht; denn es ist damit keineswegs ein Anrecht auf eine Stelle verbunden. Zudem sind die Unterbeamtenstellen meist bezügl. schlecht bezahlt, und dazu kommt ferner noch, daß die Besitzer des Zivilversorgungsscheines den Inhabern des Anstellungsscheines vorgezogen werden müssen. Nach dem Kriege wird es aber eine solche Menge Militärämter geben, daß der Anstellungsschein praktisch in den meisten Fällen gar keine Bedeutung haben wird. Wer aber das mitunter recht zweifelhafte Glück hat, auf den Anstellungsschein hin eine Stelle als Unterbeamter zu erhalten, der büßt dann obendrein seine Mente ganz oder teilweise ein. Es dürfte also gut sein, dem Anstellungsschein nur den Wert beizulegen, den er wirklich hat, und der ist gering genug.

Ausdehnung des Kapitalabfindungsgesetzes. Die vom Reichstag beschlossene Ergänzung des Kapitalabfindungsgesetzes sieht vor, daß die Kapitalabfindung zum Zwecke der Anstellung auch den Teilnehmern an früheren Kriegen zugesandt werden kann. In Betracht kommen dabei die Teilnehmer an der China-Expedition und an den kriegerischen Unternehmungen in den Kolonien. Kapitalisiert kann werden die Kriegs-, die Verftimmungungs- und die Leupenzulage. Nach Vollendung des 55. Lebensjahres findet im allgemeinen eine Kapitalabfindung nicht mehr statt, so daß also zum Beispiel Teilnehmer am Kriege von 1870/71 auf keinen Fall in Frage kommen können.

Bewerbe- und soziale Hygiene.

Der Krieg als „Schöpfer der Kultur“. Vor dem Kriege war in einer Reihe alldeutscher Organe das Hofelied auf den Krieg als „Schöpfer und Erhalter der Kultur“ zu lesen. Der Krieg wurde als „Menschenarzt“ gepriesen, der kommen „müsse“, wenn die Menschheit nicht verkommen solle. Was der Krieg wirklich für die Volksgesundheit bedeutet, das sagt uns der Bericht des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose. In diesem Bericht für das Frühjahr 1918 heißt es:

„Der Einfluß des Krieges auf unsere ganze Lebensführung, insbesondere auf unsere Ernährungs-, Arbeits- und Wohnungsverhältnisse, ist eine schwere Bedrohung unserer Volksgesundheit und hat der Tuberkulose einen bedeutend günstigeren Nährboden gegeben. Andererseits konnten infolge der Kriegsverhältnisse die Fürsorgestellen die Krankheit nicht in dem gewohnten Maße mit den geeigneten Mitteln bekämpfen, so daß aus verschiedenen Landesteilen, wie der Bericht des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose über den Stand der Tuberkulose-Bekämpfung im Frühjahr 1918 mitteilt, ein besorgniserregendes Anwachsen der Tuberkulose gemeldet wird. So im Rheinland aus den Kreisen Bonn-Stadt, Bonn-Land, Mülheim am Rhein und Lütticher, und in Westfalen vor allem aus dem Regierungsbezirk Münster.“

So sieht es mit dem „Stahlbad“ aus.

Genossenschaftliches.

Zersplitterung der Konsumgenossenschaftsbewegung. Der leider mit Unterstützung genossenschaftlicher Zentralorganisationen mancherorten betriebene große Anflug, aus recht ungenossenschaftlichen Gründen neben blühenden Konsumvereinen des Zentralverbandes weitere Vereine zu errichten, die günstigstenfalls auf Kosten der Erstarkung des alten Vereins ein kümmerliches Dasein führen können, hat sich an den gedankenlosen, genossenschaftlich unaufgeklärten Werkzeugen der Urheber in Mannheim bitter gerächt. Dort hielt man es für angebracht, eine Konsumgenossenschaft „Entracht“ — so genannt, weil sie ein Bild

der Zwietracht war — zu gründen, obwohl bereits eine große, leistungsfähige Verbraucherorganisation bestand, ein Bedürfnis für die Neubildung also durchaus nicht vorlag. Trotz Unterstützung durch die Zentralen wollte das Pfälzchen nicht abgeben, sondern machte von Jahr zu Jahr kostlosere Abschlässe. In der Bilanz für 1917 betragen bei einem Massenbestande von M 672,52, einem Warenbestande von M 7727,88 und einem Inventar von M 3000 die Geschäftsanteile M 39,80, die Warenscheine M 9787,01, Darlehen M 1278,57 und der Gewinn M 844,99. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist folgende Zahlen auf: Unkosten M 11483,66, Abschreibungen M 708,16, Gewinn M 844,99. Diefem steht gegenüber ein Vortrag von M 808,88, der Warengewinn von M 9277,84 und Abschreibungen auf Geschäftsanteile mit M 5900. Hieraus ist ersichtlich, daß die Unkosten beinahe das Doppelte des Bruttogewinnes betragen und die Geschäftsanteile kaum hinreichen, das Loch zuzustopfen. Diese so unerfreulichen Zahlen haben offenbar bewirkt, daß der letzten Generalversammlung der Antrag der Verwaltung auf Liquidation vorlag — jedenfalls etwas verspätet; denn von einer Liquidation dürfte bei einer derartigen Ueberschuldung nicht mehr zu reden sein. Die Geschäftstätigkeit ist mit Ende Juni eingestellt worden. Die letzten Verkaufsstellen wurden zu diesem Termin außer Betrieb gesetzt. Immerhin sind das noch drei Viertel Jahr, die einen weiteren Verlust gebracht haben. Die Mitglieder, die wohl meistens den christlichen Gewerkschaften angehören, werden froh sein dürfen, wenn die Haftstrafe nicht auch noch allzu stark in Anspruch genommen wird. Leider zeigen gewisse Vorgänge der letzten Zeit, daß wenig Aussicht besteht, daß die Urheber solcher verfehlter Experimente sich durch das warnende Beispiel von der Fortsetzung ihres genossenschaftsschädlichen Treibens abhalten lassen werden.

Dom Ausland.

Ungarn. Die im Budapestener Baugewerbe arbeitenden Arbeiter und Anstreicher haben in diesem Frühjahr einen auf drei Jahre gültigen Tarifvertrag abgeschlossen. In diesem Vertrage wurde unsern Kollegen Gelegenheit geboten, in bezug auf das weitere Steigen der Preise für Lebensmittel die Stundenlöhne alle vier Monate einer Revision zu unterziehen. Am 16. August waren die ersten vier Monate abgelaufen, weshalb unsere Kollegen sich veranlaßt sahen, eine Lohnaufbesserung von 80 Heller zu fordern. Das Verhandlungskomitee der Arbeitgeber beantragte hierauf eine fünfstufige Erhöhung von 10 bis 60 Heller pro Stunde. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt und von der Zentralleitung unseres Bruderverbandes eine vierstufige Erhöhung von 20 bis 60 Heller verlangt, die bis 15. Februar 1919 in Kraft bleiben soll. Dieser Forderung stimmten die Arbeitgeber am 28. August zu, mit der Erklärung, daß vom 2. September ab die 10 Heller Differenz auf der ganzen Linie bezahlt werden sollen. Da vom 12. August ab schon die Stundenlohnerhöhung von 60 Heller in Kraft getreten ist, beträgt sie vom 2. September ab nunmehr 80 Heller.

Den bei der Budapestener Straßenbahn beschäftigten Kollegen ist auf Beschluß der Beschwerdekommision eine tägliche Teuerungszulage von 2,50 Kronen mit Wirkung vom 11. Juni ab zuerkannt worden.

Vom amerikanischen Malerverband.

Aus den Kreisen unserer amerikanischen Bruderorganisation ging uns jetzt — seit September 1918 zum ersten Male wieder — ein Lebenszeichen zu. In einem am 20. Juli dieses Jahres aus Newyork abgesandten Schreiben wird uns zunächst mitgeteilt, daß unser „Vereins-Anzeiger“ sowohl bei dem Zentralvorstand des Verbandes in Lafayette als auch bei der deutschen Lokalanleitung in Newyork regelmäßig eingehet, doch wird davor gewarnt, die Zeitung Nichtbürgern zu senden. Das sei eine heikle Sache; denn die Gesetze wären streng und würden rückwärtslos ausgeführt. Danach könnten die betreffenden Kollegen „Trübel“ bekommen. Hierauf heißt es weiter:

Unser amerikanischer Verband ist mit seiner Mitgliederzahl bald auf 100 000 angelangt. Es ist im ganzen Lande eine Lohnerehöhung eingetreten, die jedoch mit der Erhöhung der Lebensmittelpreise nicht im Einklang steht. Mit wenig Ausnahmen ist der achtstündige Arbeitstag (Samstags vier Stunden) eingeführt. Den Kollegen der Stadt Boston gebührt die Siegespalme, da diese nur noch fünf Tage, also 40 Stunden die Woche arbeiten; der Samstag wird als Feiertag betrachtet. Das Schmerzenskind bildet immer noch Newyork. Zurzeit wird von den Zentralbeamten versucht, eine Reorganisation des Verbandes vorzunehmen. Ob mit Erfolg, ist eine andere Frage — zuviel Politiker, schlechte Musikanten, faule Geschäftsverhältnisse, keine Harmonie. Hierdurch geht das Vertrauen der Mitgliedschaften zur Organisation verloren. Als Verbandspräsident wurde Kollege Hedrick, als Sekretär und Schatzmeister J. C. Stemp wiedergewählt. Die sechs Vizepräsidenten bilden zugleich in ihren Distrikten die Organisatoren. Ihnen zur Seite stehen noch zehn Organisatoren für Agitation.

Jedes Mitglied des Verbandes muß durch seine Filiale pro Monat 35 Cents an die Hauptkasse zahlen. Neue Mitglieder entrichten einen Dollar an den Hauptverband, während die Aufnahmegebühr den verschiedenen Distrikten anheimgestellt ist. Diese beträgt in den verschiedenen Städten bis 100 Dollar, für Frauen 50 Dollar. Bei Arbeitsunfähigkeit können die Mitglieder Anspruch auf Unterstützung erheben. Es steht außer Frage, daß die Beiträge für die Hauptkasse in kürzester Zeit erhöht werden müssen, indem der Sterbefonds rapid sinkt. So wurden im April allein über 18 000 Dollar Sterbegeld ausgezahlt.

Natürlich waren wir über die uns so gewordenen Mitteilungen und die Aufmerksamkeit sehr erfreut. Wir hoffen sehr, daß ein baldiges Ende des jetzt immer noch wütenden Krieges die Beziehungen zwischen den

amerikanischen Kollegen und uns wieder so eng geknüpft wie früher ungeachtet aller Treiberzeiten eines Comptes und anderer amerikanischer Gewerkschaftsführer gegen unsere deutschen Organisationen, nicht zuletzt, weil diese am Gedanken einer internationalen Verständigung festhalten.

Im übrigen bieten die zitierten Angaben uns recht interessante Einblicke in die Tätigkeit unserer amerikanischen Bruderorganisation.

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Mappe“. Illustrierte Zeitschrift für Malerei. Jährlich erscheinen 12 Monatshefte und 62 Wochennummern. Abonnementpreis für Deutschland M 3 vierteljährlich. Verlag von Georg Dr. W. Callweh in München. Das soeben erschienene Heft 8, September 1918, dieser empfehlenswerten Fachzeitschrift für unsern Beruf, enthält Tafel 21: Innere einer Synagoge, entworfen von Max Selas in Dresden; Tafel 22: Dede und Wand für ein Schlafzimmer, entworfen von Emil Bloch, im Felde; Tafel 23: Landzeichnungen von Albrecht Dürer (Auschnitte); Tafel 24: Schlußstücke zu Boccaccios Delameron von Hubert-Franc Gravelot. Im textlichen Teil wird ein interessanter Feldpostbrief des Malers Walter Klode veröffentlicht, der Anregungen gibt über die Gestaltung der Berufsgenossen durch Vorlagen von gemalten Innenräumen, und der Schlußartikel der lehrreichen Abhandlung über praktische Perspektive von Karl Pabst.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W 85, Potsdamer Straße 121 h) haben soeben das 10. Heft ihres 24. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Die Gewerkschaften nach dem Kriege, von Paul Umbreit. — Die englischen Wirtschaftspläne, von Max Schippel. — Judenfrage, Palästina und Weltpolitik, von Dr. Max Rosenfeld. — Ein Gesicht im Feld, von Wail Whittman, übertragen von Max Habel. — Die russische Kirche, von Dr. Adolf Behme. — Der Revolutionär, von Dr. Raphael Seligmann. — Der irische Nationalismus, von Dr. Ludwig Kassel. Mitglied des Reichstags. — Gewerkschafts tagungen, von Wilhelm Bud, Mitglied des Reichstags. — Das Recht der Organisation im neuen Deutschland, von Dr. Hugo Heimann. — Geist und Zeitprobleme, von Dr. Max Hochdorf. — Die Totenlegung der Jüdischen, von Felix Linke. — Die Toten: Helma Steinbach, Max Gellus, Peter Hofegger; und anderes mehr.

Der Preis des Heftes beträgt 90 Pf., der eines Vierteljahrsabonnements M 3,40. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Städten und Bahnhöfen, bei allen Postporturen, durch jede Postanstalt sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W 85. Man verlange vom Verlage ein Heft zur Ansicht.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68). Das eben erschienene Heft 28 enthält unter anderem folgende Aufsätze: Dr. Paul Lench, M. b. R., Friedensgeplänkel; Habubert, Individualismus, Sozialismus und Diktatur; Ernst Heilmann, Doch Staatswirtschaft und Wirtschaftstaat nach Kriegsschlus; Heinrich Schulz, M. b. R., Der Streit um das Kino; Georg Weyer, Windlers „Jean“. Glossen. — Einzelhefte 50 Pf., vierteljährlich M 3 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag.

Technik für Alle — Technik und Industrie. Monatshefte für Elektrotechnik, Bau- und Maschinentechnik usw. Jahrgang 1918/19, S. 4/5. Sonderheft „Das Flugzeug“. Stuttgart, Franckh'sche Verlagshandlung. Preis vierteljährlich M 1,45, des Sonderheftes „Das Flugzeug“ einzeln M 1. Das Heft gibt einen interessanten Einblick in die Entwicklung des Flugzeuges und was damit zusammenhängend ist. Alle Beiträge sind von Fachmännern und Berufsfliegern bearbeitet. Das auf's reichhaltigste aufgestellte Heft — es ist für Nicht-Abonnenten einzeln zum Preise von M 1 erhältlich — können wir jedermann empfehlen.

Sterbetafel.

Frankfurt a. M. Am 28. August starb unser Mitglied Karl Löb aus Dietzheim im Alter von 50 Jahren. Ihre feinem Andenken!

Vereinsteil.

Bericht der Hauptkasse vom 2. bis 7. September. Eingekandt haben: Worms M. 60, Berlin 500, Brandenburg 50, Dresden 800, Dessau 100, Kiel 500, Regensburg 150.

Die Woche vom 15. bis 21. September ist die 38. Beitragswoche. S. Wentker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 35 des „Correspondenzblattes“ bei.

Wir sind Käufer von:
Zinkweiss
Bleiweiss
Bleiglätte
Bleimennige
Ultramarinblau
Angebote an
WALTER PETERSEN & CO.,
Hamburg I.